

P R E S S E M I T T E I L U N G

Nr. 378 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Niedersächsischen Landtag
13.11.2008

GRÜNE: Absage des designierten Museumsmanagers Ohrfeige für Minister Stratmann

Minister darf sich nicht weiter vor Verantwortung drücken

Als "Fehlschlag" haben die Landtagsgrünen den Versuch von Minister Stratmann bezeichnet, nicht nur die fachliche sondern auch die politische Verantwortung für die Denkmalpflege und die Museen vollständig auf den künftigen Präsidenten abzuwälzen. "Offensichtlich hat dem designierten Präsidenten Wieczorek die ihm zugedachte Rolle als Auskehrer bei der staatlichen Archäologie und Denkmalpflege gar nicht gefallen. Der Scherbenhaufen, den Stratmann ihm vorgesetzt hat, war wohl zu groß", sagte die denkmalschutzpolitische Sprecherin **Filiz Polat** am Donnerstag in Hannover.

Erst habe Minister Stratmann weite Teile der Kulturszene in Niedersachsen vor den Kopf gestoßen mit unausgegorenen und mit niemandem abgestimmten Vorschlägen zur Neuordnung von Archäologie und Denkmalpflege. Dann habe er alle Aufforderungen ignoriert, das von ihm angerichtete Chaos aufzulösen und die Perspektiven für die einzelnen Einrichtungen klar zu benennen. Nach heftiger Kritik auch aus den eigenen Reihen habe sich Stratmann aus der politischen Verantwortung für die Kulturpolitik des Landes verabschiedet. Es sei verständlich, dass Herr Wieczorek diesen Job, bei dem er hätte nur verlieren können, nicht angetreten habe.

Es reiche nicht aus, so die kulturpolitische Sprecherin **Gabriele Heinen-Kljajic**, jetzt nur die Präsidentenstelle auszuschreiben. Kulturminister Stratmann müsse klar seine Vorstellungen zur künftigen Museums- und Ämterstruktur auf den Tisch legen und sich endlich der Diskussion stellen. Es sei nicht Aufgabe einer künftigen Präsidentin Kulturpolitik zu machen, sondern sie müsse politische Vorgaben umsetzen. Die politischen Leitplanken, zwischen denen sich die oder der Neue bewegen solle, müssten klar sein, bevor die Stelle besetzt werde. Heinen-Kljajic: "Minister Stratmann kann sich nicht weiter vor der Verantwortung drücken. Er muss sich endlich für ein transparentes Ausschreibungsverfahren entscheiden, in dem die Zuständigkeiten der Institutsleitung klar festgeschrieben sind."